



03.12.2013

**Dezernat 1 - Allg. Verwaltung, Finanzen und Schulen
Abteilung EDV**

Ersatzbeschaffung der Serverinfrastruktur im Landratsamt

Beschlussvorlage

Gremium	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus	Zuständigkeit
Kreistag	18.12.2013	öffentlich	Beschlussfassung

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung einer EU-weiten Ausschreibung zur Beschaffung neuer zentraler Server unter Beteiligung eines Dienstleisters.

Die einmaligen Kosten in Höhe von 171.000 EUR und die anteiligen Leasingraten werden in den Haushalt 2014 eingestellt. Die erforderlichen Leasingmittel von circa 129.000 EUR jährlich werden in die Haushaltsplanungen 2015 bis 2019 aufgenommen.

Sachverhalt:

Unsere zentrale Serverinfrastruktur ist seit 2008 in Betrieb. Sie ist aufgrund der technischen Weiterentwicklung inzwischen veraltet und hat die Kapazitätsgrenze für Installationen und Datenhaltung erreicht. Die Übernutzung der Server, Hauptspeicherprobleme (4 GB-Grenze) und fehlende Erweiterungsmöglichkeiten führen bereits zu Störungen sowie deutlichen Auswirkungen im EDV-Betrieb und bei den Anwendern. Dadurch ist eine Erneuerung der vorhandenen Serverinfrastruktur dringend erforderlich. Auf den Servern werden aktuell circa 80 Fachverfahren und die gesamte Datenhaltung für die Ämter betrieben.

Seit dem Jahr 2007 hat sich die Serveranzahl von 32 auf derzeit 80 erhöht. Der Plattenspeicherbedarf im SAN (Storage Area Network) ist in dieser Zeit von 1 auf 7 Terabyte angewachsen. Mit den geplanten 20 Terabyte Speicher sollen das Wachstum des Datenbestandes und die Ausbaubarkeit in die Zukunft für den Fachverfahrens- und Anwenderbetrieb sichergestellt werden. Die Datensicherungsinfrastruktur muss auf leistungsfähigere Technik angepasst werden.

Mit der eingesetzten Technik der Citrix Terminalserver und der Servervirtualisierung (Vmware) betreibt die EDV-Abteilung ein effektives und zeitgemäßes Serverbetriebskonzept, mit dem sowohl die Außenstellen performant angebunden und auch die künftigen Anforderungen der gesetzlichen Vorgaben, der Fachämter/Verwaltung und der Rechenzentren (IZLBW, KIVBF) für die nächsten 3-5 Jahre erfüllt werden können.

Nur durch die Investition in eine neue Serverinfrastruktur können die Bereitstellung geforderter Funktionalitäten und gesetzliche Vorgaben weiterhin sichergestellt werden. Neue Anforderungen sind zum Beispiel die Ablösung der alten Telefonanlage (IP-Telefonie), die Einführung der optischen Archivierung und die Updates von nicht mehr von den Herstellern unterstützter Software wie heute Office 2003 (künftig Office 2010 oder 2013).

Als großer Betrieb mit 940 EDV-Arbeitsplätzen und insgesamt mehr als 360 Fachverfahren sind wir zur Einhaltung aktueller Sicherheitsstandards verpflichtet. Die Vorgaben ergeben sich aus dem IT-Grundschutz-Handbuch nach dem Bundesamt für Informationstechnik (BSI).

Das seit 2008 eingeführte Serverbetriebskonzept stellt sicher, dass mögliche Serverausfälle nicht zum Stillstand des ganzen EDV-Betriebes führen. Durch den Betrieb dieser Technik kann eine Konsolidierung der physischen Server erzielt werden, da mehrere sogenannte „virtuelle“ Server auf wenigen tatsächlich vorhandenen Servern ausgeführt werden können.

Kostenschätzung (Bruttowerte):

Die Planung sieht für die nächsten fünf Jahre eine Infrastruktur mit zwölf physischen Servern mit Sicherungsinfrastruktur und ein zentrales Speichersystem mit Software vor, deren Kosten sich geschätzt wie folgt aufteilen:

- Einmalige Kosten in Höhe von 171.000 EUR für die Dienstleistung Einrichtung der Hard- und Software, die Lizenzen und die Erstellung der gesetzlich geforderten EU - Ausschreibung
- Jährliche Leasingkosten in Höhe von ca. 129.000 EUR für die Hard- und Software

Insgesamt ergibt sich hieraus für 5 Jahre eine Gesamtsumme von ca. 816.000 Euro.

EU-Ausschreibung:

Der geschätzte Auftragswert überschreitet den Schwellenwert in Höhe von netto 200.000 EUR, somit ist eine EU-Ausschreibung gesetzlich vorgeschrieben. Da das Projekt besondere Anforderungen an die Angebotsauswertung als auch an Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit der Bewerber stellt, ist es üblich, das EU-Ausschreibungsverfahren (nichtoffenes Verfahren mit einem öffentlichem Teilnahmewettbewerb) mit Unterstützung eines Dienstleisters (Kosten brutto circa 43.000 EUR).

Alternativen:

Die Verwaltung hat sich Gedanken gemacht, welche Alternativen zur Verfügung stehen, um den Umfang der Beschaffungen zu reduzieren. Das Rechenzentrum KIVBF bietet künftig Cloud-dienste an, die es ermöglichen, Softwareprodukte auszulagern. Hiermit könnten in der Zukunft zentrale Serverressourcen eingespart werden. Aus Sicherheits- und Datenschutzgründen ist derzeit lediglich eine Cloud-Lösung mit KIVBF denkbar. Das KIVBF ist dabei, seine Infrastruktur für Cloudlösungen aufzubauen, benötigt jedoch noch Anlaufzeit. 2014 ist nur die Übernahme bereits im Rechenzentrum betriebener Verfahren in die Cloud möglich. Die Verwaltung hat bereits 31 Fachverfahren zum KIVBF und 73 Fachverfahren zum IZLBW (Informatik Zentrum Land Baden Württemberg) ausgelagert. Nach derzeitigem Kenntnisstand ist es frühestens ab 2015 möglich, weitere Fachverfahren in die Cloud auszulagern.

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss hat am 4.12.2013 über die Angelegenheit beraten und empfiehlt dem Kreistag die Ersatzbeschaffung der Server wie vorgeschlagen.

Finanzierung:

Das Projekt ist haushaltwirksam bis in das Jahr 2019.

Die Mittel für die einmaligen Kosten und anteilige Leasingkosten sind im Haushalt 2014 eingeplant. Für die Jahre 2015 bis 2019 müssen jährliche Leasingkosten von ca. 129.000 EUR eingeplant werden. Dem Verwaltungs- und Finanzausschuss und dem Kreistag werden nach Abschluss des EU-Ausschreibungsverfahrens die Auftragsvergabe im Jahr 2014 erneut vorgelegt.

Bollacher
Landrat